



LAND BRANDENBURG

**Landesamt für Arbeitsschutz,
Verbraucherschutz und
Gesundheit**
Die Präsidentin

Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit
Präsidentin | Postfach 90 02 36 | 14438 Potsdam

Planungsbüro Schubert GmbH & Co. KG
Rumpeltstraße 1
01454 Radeberg

per e-mail an: Beteiligungen@pb-schubert.de

Horstweg 57
14478 Potsdam

Bearb.: Angela Schulz
Gesch.-Z.: 071-V4-2812/2024-
039/002

(Bitte stets angeben)

Telefon: +49 331 8683-569
Telefax: 0331 27548-1800

<https://lavg.brandenburg.de>
bauleitplanung@lavg.brandenburg.de

Tram 91, 92, 93, 96, 98
(Haltestelle: Waldstraße/Horstweg)

Potsdam, 03.09.2024

Stellungnahme

**zur frühzeitigen Beteiligung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr.
02/2023 „Solarpark Missen-Tornitz“ + 13. FNP-Änderung – Stadt Vetschau/Spreewald**

**hier: Anforderung einer Stellungnahme gemäß § 4 Absatz 1 BauGB
Fachstellungnahme des Landesamtes für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit**

Die Stadt Vetschau hat für einen Bereich östlich der Ortslage Missen den vorhabenbezogenen Bebauungsplan „Solarpark Missen-Tornitz“ aufgestellt. Es erfolgt die Festsetzung eines sonstigen Sondergebietes mit besonderer Zweckbestimmung „Photovoltaikanlage“. Im Parallelverfahren erfolgt die 13. Änderung des Flächennutzungsplanes.

Aus Sicht des Landesamtes für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit (LAVG) ist zu prüfen, ob durch die Aufstellung des Bebauungsplanes die Bestimmungen der 26.BImSchV - Verordnung über elektromagnetische Felder - bei der Errichtung bzw. Änderung niederfrequenter Anlagen eingehalten werden.

In Begründung zum Bebauungsplan bzw. zur Flächennutzungsplanänderung wurden keine konkreten Aussagen zur Lage des Netzanschlusspunktes zur Einspeisung des erzeugten Solarstroms getroffen. Ein möglicher Standort für ein Umspannwerk soll sich in ca. 4,8 km westlich des Plangebietes an der 110-kV-Trasse südöstlich der Ortslage Calau befinden.

Des Weiteren sind die Errichtung von Erdkabeln und 25 Trafostationen innerhalb Plangebietes vorgesehen.

Trafostationen, möglicherweise Umspannstationen sowie das Erdkabel, welches für den Anschluss an das Versorgungsnetz von außen in das Plan-Gebiet hinein ver-



legt wird, sind Anlagen, die nach der 26.BImSchV zu betrachten sind. Für die geplanten niederfrequenten Anlagen innerhalb der überbaubaren Fläche sind keine weiteren Forderungen bzgl. der 26. BImSchV zu treffen.

Gemäß dem § 3 der 26. BImSchV wird bei Niederfrequenzanlagen für Orte, die zum nicht nur vorübergehenden Aufenthalt von Menschen bestimmt sind, die Einhaltung der Grenzwerte gefordert (bei Trafostationen und Mittelspannungskabel sind diese ab 1 m Abstand sicher eingehalten).

Des Weiteren ist im § 4 Abs. 2 der 26. BImSchV ein Minimierungsgebot für die von Niederfrequenzanlagen ausgehenden elektrischen und magnetischen Feldern formuliert. Das Nähere hierzu ist in der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Durchführung der Verordnung über elektromagnetische Felder (26.BImSchVVwV) vom 26.02.2016 geregelt.

Das Minimierungsgebot ist anzuwenden, wenn maßgebliche Minimierungsorte sich im definierten Einwirkungsbereich von 10 m für Trafostationen, von 10 m für Erdkabel < 50 kV, von 25 m für Kabel $\geq 50 \text{ kV} < 110 \text{ kV}$, von 50 m zu einer eventuell notwendigen Umspann- und Schaltanlage mit $\geq 110 \text{ kV}$ Nennspannung befinden. Die Minimierungsprüfung hat dann anlassbezogen im nachfolgenden Genehmigungsverfahren zu erfolgen.

Im Auftrag

Angela Schulz

Das Dokument ist digital erstellt, elektronisch schlussgezeichnet und ohne Unterschrift gültig.
